

## **RzF - 4 - zu § 2 Abs. 1 FlurbG**

**Das in § 2 Abs. 1 Satz 2 FlurbG festgelegte Territorialprinzip beschränkt die Befugnis einer Teilnehmergeinschaft zur Herstellung gemeinschaftlicher Anlagen sowie die Planfeststellungsbefugnis nach § 41 Abs. 1 FlurbG auf das Flurbereinigungsgebiet.**

Flurbereinigungsgericht München, Urteil vom 18.07.2005 - 13 A 03.1852

*Aus den Gründen:*

Gegenstand der Klage ist zum einen der mit Beschluss des Vorstands der Beklagten vom 14. August 2002 geänderte Plan nach § 41 FlurbG, der wiederum mit Beschluss vom 25. September 2002 in den Flurbereinigungsplan Teil I aufgenommen wurde, soweit er die Errichtung einer Dränageleitung insbesondere auf Abfindungsflurstück 3028 betrifft. Weiterhin sind Gegenstand der Klage die Regelungen des Textteils zum Flurbereinigungsplan Teil II, soweit diese die genannte Dränageleitung betreffen.

...

Zutreffend ist die Beklagte davon ausgegangen, dass die Dränleitung eine gemeinschaftliche Anlage im Sinn von § 39 FlurbG darstellt und einer ausreichenden rechtlichen Behandlung bedarf (vgl. BayVGH vom 13.1.1994 RzF 97 zu § 44 Abs. 2 FlurbG). § 41 FlurbG bestimmt, dass ein Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen (Wege- und Gewässerplan) aufgestellt wird; er bildet die Grundlage für die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes und enthält insbesondere Aussagen über die wasserwirtschaftlichen und bodenverbessernden Anlagen. Der Plan ist von der Direktion für Ländliche Entwicklung festzustellen oder zu genehmigen (§ 41 Abs. 3, 4 FlurbG; Art. 1 Abs. 2 AGFlurbG). Durch die Planfeststellung wird wegen ihrer Konzentrationswirkung die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt; daneben sind andere behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Erlaubnisse oder Bewilligungen nicht erforderlich. Auch werden durch die Planfeststellung alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Träger des Vorhabens und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt (§ 41 Abs. 5 FlurbG). Nach § 58 Abs. 1 Satz 2 FlurbG wird der Wege- und Gewässerplan in den Flurbereinigungsplan aufgenommen. Dementsprechend hat die Beklagte mit Beschluss des Vorstands vom 14. August 2002 bestimmt, dass "der Plan nach § 41 FlurbG mit seinen Änderungen und Ergänzungen so aufgestellt wird, wie er in der Abfindungskarte bzw. der Änderungskarte hierzu enthalten ist" und am 25. September 2002 den geänderten Flurbereinigungsplan Teil I beschlossen. Unter dem 17. Oktober 2002 wurden von der DLE "nach Maßgabe der Abfindungskarte (zugleich Änderungskarte zum Plan nach § 41 FlurbG) die Änderungen des Plans über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen nach § 41 Abs. 4 FlurbG genehmigt". Keiner Prüfung bedarf es dabei hier, ob es einer Planfeststellung deswegen bedurft hätte, weil die Klägerin (auch als Trägerin öffentlicher Belange) mit Schreiben vom 12. September 2001 mitgeteilt hatte, dass sie einer Einleitung in den Wegseitengraben der Gemeindeverbindungsstraße U. O. nicht zustimme. Offen bleiben kann auch, ob den "Richtlinien zum Plan nach § 41 FlurbG Ländliche Entwicklung (PlanR-LE)" in der damals

geltenden Fassung der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 6. August 1993 Nr. E 2-7552-11 (AllMBl 1993, S. 1044) entsprochen wurde. Die getroffene Regelung erweist sich aus anderen Gründen als fehlerhaft.

Nach der zeichnerischen Darstellung in der Abfindungskarte, die allein die Lage der Dränage zeigt, lässt sich nicht abschließend beurteilen, wo sich deren Auslauf exakt befindet. Sie beginnt danach jedenfalls auf Abfindungsflurstück 3028 und endet im Bereich der Grenze zur Gemeindeverbindungsstraße auf Flurstück 3026. Nach den Feststellungen bei dem vom Gericht am 18. Juli 2005 durchgeführten Augenschein hat sich die Stellungnahme der Beklagten vom 29. September 2003, wonach der Auslauf der Dränageleitung sich genau auf der Verfahrensgebietsgrenze befinde, als unzutreffend erwiesen. Vielmehr verläuft die Dränage noch ca. 1 m im Bereich des (Straßen-)Flurstücks 3026, um dann in einen vorhandenen Straßengraben zu münden. Das im Eigentum der Klägerin stehende (Straßen-)Flurstück 3026 befindet sich jedoch nicht mehr im Gebiet des Flurbereinigungsverfahrens D., sondern in dem des benachbarten Flurbereinigungsverfahrens W. Wegen des Territorialprinzips des § 2 Abs. 1 Satz 1 FlurbG ist jedoch die Befugnis der Beklagten nach § 18 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 39 und § 42 Abs. 1 Satz 1 FlurbG wie auch die Planfeststellungsbefugnis nach § 41 Abs. 1 FlurbG auf das jeweilige Flurbereinigungsgebiet beschränkt (Quadflieg, Recht der Flurbereinigung, RdNr. 7 zu § 2, RdNr. 149 f., 289 zu § 41; s. auch Linke, RdL 2005, 3/5). Nur dort darf eine Teilnehmergeinschaft regelmäßig tätig werden. Zwar kann sich eine gemeinschaftliche Anlage unter Umständen auch außerhalb des Flurbereinigungsgebiets auswirken; die Anlage selbst darf jedoch grundsätzlich nicht außerhalb liegen, da das Flurbereinigungsverfahren nur innerhalb des Flurbereinigungsgebiets durchgeführt wird. Dementsprechend bestimmt auch Nr. 4.2 Abs. 16 der genannten Planfeststellungsrichtlinien, dass, sofern durch geplante Anlagen Rechte von Personen beeinträchtigt werden, die Nichtteilnehmer oder Nebenbeteiligte im Sinn von § 10 Nr. 2. Buchst. c) und d) FlurbG sind, bis zum Anhörungstermin eine Vereinbarung mit den Betroffenen abgeschlossen werden soll, die die Herstellung der Anlagen ermöglicht. Gelingt dies nicht, sei zu prüfen, ob durch eine Änderung der Planung oder des Verfahrensgebiets eine Lösung erreicht werden kann. Eine ähnliche Regelung sieht Nr. 2.1 Abs. 5 der (neuen) Planfeststellungsrichtlinien vom 27. Januar 2003 (AllMBl. 2003, S. 31) vor.

Eine Vereinbarung liegt weder mit der für das Flurbereinigungsgebiet W. zuständigen Teilnehmergeinschaft noch mit der Klägerin vor. Zwar hat letztere den (Sondernutzungs-) Bescheid vom 8. August 2001 erlassen. Dieser war jedoch unter bestimmten Bedingungen erteilt worden; diese wurden von der Beklagten nicht akzeptiert, was sich aus dem mit Schreiben vom 28. August 2001 eingelegten Widerspruch ergibt. Letztlich wurde der Bescheid mit Schreiben der Klägerin vom 31. Oktober 2002 wieder aufgehoben. Zudem wurde von dieser mit dem bereits genannten Schreiben vom 12. September 2001 einer Einleitung ausdrücklich nicht zugestimmt. Auch mit der Teilnehmergeinschaft des benachbarten Verfahrens W. kam entsprechend dem Schreiben der Beklagten vom 9. Oktober 2003 keine Einigung etwa dergestalt, daß diese die Regelungen der Beklagten für ihr Verfahrensgebiet übernehme, zustande.

Keiner Klärung bedarf es im vorliegenden Verfahren auch, ob für die Einleitung des Dränagewassers straßen- und wegerechtliche bzw. wasserrechtliche Erlaubnisse erforderlich sind, weil das Flurbereinigungsgesetz in § 41 FlurbG durch Planfeststellung bzw. -genehmigung die öffentlich-rechtlichen Beziehungen regelt und nach § 41 Abs. 5 FlurbG andere behördliche Entscheidungen nicht erforderlich sind.

Die Ausweisung der sich auch auf das Verfahrensgebiet W. erstreckenden Dränageleitung kann daher keinen Bestand haben.

Auch die die Dränageleitung betreffenden und sich auf die Klägerin beziehenden Regelungen des Textteils zum Flurbereinigungsplan Teil II verletzen diese in ihren Rechten.

Nach Nr. 17.2.1 gehört "die Rohrleitung FlstNr. 3028 Gmkg. W., mit Einleitung in den Wegeseitengraben der GV-Straße D. - W." privaten Eigentümern. Auf einer Länge von ca. 1 m bis zur Einleitung befindet sich die Drainageleitung jedoch - wie ausgeführt - nicht im Verfahrensgebiet der Beklagten. Insoweit hat diese daher keine Zuständigkeit. Soweit in Nr. 21.1 des Textteils zum Flurbereinigungsplan Teil II bestimmt ist, dass die jeweiligen Eigentümer der Grundstücke, in denen von der Beklagten verlegte Dränanlagen liegen, diese Anlagen und die Arbeiten zu ihrer Unterhaltung zu dulden sowie alles zu unterlassen haben, was den Bestand und die Wirksamkeit der Anlagen gefährden oder die Unterhaltung unmöglich machen oder wesentlich erschweren würde, kann dies ebenfalls nur für im Verfahrensgebiet gelegene Grundstücke gelten. Die Klägerin wäre daher insoweit nicht belastet, da sich die in ihrem Eigentum stehende Gemeindeverbindungsstraße nicht im Verfahrensgebiet D. befindet. Andererseits geht die Beklagte, wie sich aus der genannten Regelung in Nr. 17.2.1 des Textteils zum Flurbereinigungsplan Teil II sowie aus ihren Stellungnahmen ergibt, offensichtlich davon aus, dass sie eine Regelungsbefugnis über die gesamte Drainageleitung einschließlich der Einleitung in den Wegeseitengraben habe. Auch der Widerspruchsbescheid vom 17. Juni 2003 äußert sich dahingehend, dass trotz der genannten Bestimmungen Mäharbeiten an den Banketten möglich blieben, da der Dränagenkopf vor dem Mähen herausgenommen werden könne. Daraus wird deutlich, dass auch der Spruchausschuss bei der DLE eine Regelungsbefugnis der Beklagten annimmt. Diese besteht aber tatsächlich insoweit nicht, so daß aus Gründen der Rechtsklarheit und -sicherheit eine Aufhebung bzw. Richtigstellung in Bezug auf die Klägerin geboten ist.

Nach § 144 FlurbG kann das Flurbereinigungsgericht (nur) den angefochtenen Verwaltungsakt durch Urteil ändern oder den Widerspruchsbescheid aufheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Bescheidung zurückverweisen. Im Rahmen seiner Planänderungsbefugnis kann das Gericht jedoch die genannten Mängel wegen des Umfangs und der Schwierigkeit des zu Veranlassenden nicht beheben (vgl. BVerwG vom 16.12.1992 RdL 1993, 98). In Betracht kämen hier u.a. Ausschaltung vom Verfahren W. und Beiziehung zum Verfahren D. des (Straßen-)Flurstücks nach eventuell vorhergehender Flurstücksteilung, die Durchführung eines neuerlichen Verfahrens nach § 41 FlurbG unter gegebenenfalls erneut erforderlicher Beteiligung der Träger öffentlicher Belange unter Erstreckung auch auf das Verfahrensgebiet W. oder eine andere Trassenführung der Drainageleitung. Dabei wird auch zu beachten sein, dass die Gleichwertigkeit der Abfindung des Beigeladenen gewährleistet ist. Die Sache ist daher gem. § 144 Satz 1 Alternative 2 FlurbG unter Aufhebung des Widerspruchsbescheids vom 17. Juni 2003 an den Spruchausschuss der DLE zur erneuten Verhandlung und Bescheidung zurückzuverweisen.